



Fotos: transitiv.Polentz

Hier war das fragile Türmchenbauen nur ein Test für die Schärfeneinstellung des Kameramannes – beim Tag der Offenen Tür in der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ am 9. November. In der Realität der Medien- und Kulturwirtschaft droht gegenwärtig einiges mehr zusammenzustürzen.

70 AUF EINEN STREICH

KONFLIKT BEI N-TV SPITZT SICH ZU: MASSENENTLASSUNGEN

Nicht nur Buch- und Zeitungsverlage, auch die elektronischen Medien sind krisengeschüttelt. Der Nachrichten-Sender n-tv etwa ist in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Um Ausfälle im Werbezeitenverkauf zu kompensieren, sieht die Geschäftsführung den Ausweg in Personal Kostensenkung. Siebzig Beschäftigte erhielten im November betriebsbedingte Kündigungen.

Der n-tv-Betriebsrat wurde massiv unter Druck gesetzt. Eine Verlegung des Sendestandortes nach Köln wurde für den Fall angedroht, dass die Interessenvertretung den Kündigungen nicht zustimmt. Der Betriebsrat entschloss sich daraufhin, seine Widersprüche in rechtlich weniger wirksame „Bedenken“ umzuwandeln.

ver.di hatte n-tv rechtzeitig ein Verhandlungsangebot gemacht, um Arbeitsplätze beim Sender zu retten. Geeignete Stabilisierungsmaßnahmen sollten an einem „Runden Tisch“ diskutiert werden. Die Gewerkschaft bot Verhandlungen

über einen Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag an. Die Geschäftsführung war nicht gesprächswillig. „Wir gehen davon aus“, so Dietrich Peters, der zu-

WAS BRINGT DIE EINIGUNGSSTELLE?

ständige Sekretär beim ver.di-Landesbezirk, „dass das Management nicht bereit ist, die für Verhandlungen notwendigen wirtschaftlichen Daten auf den Tisch zu legen.“

Konfliktreich gestalten sich gegenwärtig auch die Verhandlungen

um einen Sozialplan. Bislang liegen die Vorstellungen von Betriebsrat und Geschäftsleitung noch sehr weit auseinander. Die Einigungsstelle musste angerufen werden. Es ist zu erwarten, dass bis Jahresende noch heftig um das Volumen des Sozialplans gerungen wird.

Mit den bereits ausgesprochenen 70 Kündigungen scheint das Ende der Fahnenstange noch gar nicht erreicht. Nach Betriebsratsinformationen werden demnächst weitere 16 Mitarbeiter entlassen oder in andere Beschäftigungsverhältnisse überführt. Im Unternehmen n-tv, das Ende Oktober

AUS DEM INHALT

SEITE 3
Pixelpark kämpft ums Überleben

SEITE 5
tv.berlin gerettet?

SEITE 8/9
Konferenz des Landesbezirksfachbereiches

SEITE 11
Opernstruktur

SEITE 13
„Nebenabreden“



DIE SPRACHROHREDAKTION UND ALLE MITARBEITERINNEN WÜNSCHEN ALLEN LESERINNEN UND LESERN SCHÖNE FEIERTAGE UND EIN GESUNDES NEUES JAHR!

seinen 10. Jahrestag beging, werden gegenwärtig Mitarbeiter zum freiwilligen befristeten Verzicht auf fünf Prozent ihres Bruttoeinkommens 2003 aufgefordert. Obwohl „die Grundlage für eine wirtschaftliche Gesundung“ des Unternehmens jetzt gelegt sei, appellieren die beiden Geschäftsführer offenbar an Beschäftigte höherer Gehaltsklassen, mit einem „kleinen Opfer“ selbst „weitere Stellenkürzungen“ vermeiden zu helfen.

ver.di hat die n-tv-Geschäftsführung darauf hingewiesen, dass einseitiger Gehaltsverzicht dem Tarifvertrag widerspricht. Verhandeln könnten nur die Tarifparteien. Immerhin wurde jetzt ein Gesprächstermin für Mitte Dezember vereinbart. ver.di bereitet außerdem eine Informationsveranstaltung für alle betroffenen und interessierten Mitarbeiter des Senders vor.

N.P.

Es gibt in diesen Zeiten viele Gründe und Anlässe, sich entmutigen zu lassen, sich ausschließlich ins private Leben zurückzuziehen und all denen, „die ja doch machen, was sie wollen“, das Feld zu überlassen. In fast allen Lebensbereichen erfahren wir, dass der Druck auf unsere, in Jahrzehnten erkämpften sozialen Standards, demokratischen Rechte und gesellschaftlichen Machtpositionen massiv zunimmt.

Darum gibt es allerdings auch, wie ich meine, mehr und überzeugendere Gründe, sich zu engagieren. Und wenn wir aktiv werden, läßt sich die eigentlich bekannte, aber immer wieder vergessene Erfahrung machen, dass „die da“ nur solange tun können, was sie wollen, wie sie auf keinen Widerstand stoßen.

Starke Gewerkschaften sollten die Garantie für solch einen notwendigen Widerstand sein. Zur Zeit erleben wir, die wir als aktive Mitglieder diese Gewerkschaften mit Leben erfüllen, dass von uns gewählte Vertreter an vielen Stellen vergessen, in wessen Namen und für wen sie sprechen.

Die Zustimmung, die die Vorschläge der Hartz-Kommission in allen Spitzengremien des DGB

und der Einzelgewerkschaften finden, sind ein gewerkschaftspolitischer Skandal ersten Ranges. Diese Zustimmung ist sozusagen der gewerkschaftliche Super-Gau. Damit brechen die Gewerkschaften mit zentralen über Jahrzehnte zu Recht vertretenen Grundsätzen und Forderungen.

„Fördern und Fordern“: Während für die Unternehmer finanzielle Anreize vorgesehen sind, sollen die Lohnabhängigen durch Schlechterstellung in verschiedenen Bereichen bestraft werden. Flächendeckende Ausweitung der Leiharbeit, Legalisierung der Scheinselbständigkeit, Abschaf-

autonomie und Tarifverträge. Sie hebeln in der Folge die bestehenden „normalen“ und geregelten Arbeitsverhältnisse aus. Diese Vorschläge richten sich gleichermaßen gegen Erwerbslose, abhängig Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften.

Für uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kann das nur eines bedeuten: Es ist unsere Pflicht, uns mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammen zu schließen, die wie wir dagegen aufstehen wollen. Gemeinsam müssen wir Widerstand gegen die Verfechter, die Umsetzer, die Durchsetzer dieser Zumutungen entwickeln. Wir müssen speziell dafür sorgen, dass die bisherigen Befürworter der Konzepte innerhalb der Gewerkschaften überzeugt bzw. gezwungen werden, ihre Zustimmung zurückzuziehen.

Gewerkschaften im Deutschland von heute müssen – anders als sie es vor siebzig Jahren taten – einer Entwicklung Widerstand entgegensetzen, die Menschen mit Entrechtung und Verarmung bedroht, um sie zum flexiblen Objekt einer funktionierenden Wirtschaft zu machen.

Constanze Lindemann

AUF EIN WORT

WIR SIND
KEINE
HANDLANGER



Fotos: transitiv, Polentz

CONSTANZE LINDEMANN,
VER.DI-LANDESFACHBEREICHSVORSITZENDE FB 8

Sie machen sich zu Handlangern derer, die Deregulierung, Entsolidarisierung und Entrechtung im Arbeitsleben wie in der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben.

fung der Arbeitslosenhilfe, Förderung eines Niedriglohnbereiches, Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz. Sie sind aber ein Frontalangriff auf Tarif-

BUCHTIPP

NACHDENKEN ÜBER
HOFFNUNG
UND NIEDERLAGE

BERLIN 2002

Warum hält einer – Christ oder Kommunist – an seiner Hoffnung auf eine gerechte, menschenwürdige Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung fest? Wie konnte ein Mensch, wie das Politbüromitglied Werner Eberlein, Sohn des von Stalins Schergen gefolterten und umgebrachten Mitgliedes der Kommunistischen Internationale Hugo Eberlein, seinen sozialistischen Idealen treu bleiben? Und wie sieht der „baumlange Eberlein“, unschlagbar im Witzeerzählen, Dolmetscher von Politikertreffen auf höchster Ebene, den Untergang des sozialistischen Teils von Europa?

„Während des Schreibens wurde mir bewusst, auf welchem schmalen Grat derjenige wandert, der Vergangenes analysiert; er bewegt sich dabei immer zwischen Nostalgie und Verdammung, beides falsche Fahrten“, schreibt

Eberlein. Und er fährt fort: „Ich brauchte nicht nur achtzig Jahre, sondern auch den Schock der Niederlage des Sozialismus und die Denkanstöße der Wende, um zu diesen Erkenntnissen und Bekenntnissen zu kommen“.

Es macht den Wert dieses Memoirenbuches aus, dass es an keiner Stelle besservisserisch daherkommt. Der Autor erklärt nicht nachträglich, was er heute weiß, sondern macht das sichtbar, was damals Erkenntnis und Empfinden war, warum der 14jährige 1934 in die Sowjetunion emigrierte, wie er die Karl-Liebknecht-Oberschule in Moskau und danach die achtjährige Verbannung nach Sibirien erlebte und auffasste, den Tod Stalins und die Enthüllungen Chruschtschows über die Verbrechen jenes Mannes, den auch Roosevelt und Churchill und de Gaulle oder die Dichter Johannes R. Becher und Lion Feuchtwanger seinerzeit für einen der Größten des Jahrhunderts gehalten haben. Werner Eberlein macht an vielen Stellen seiner Erinnerung deutlich, dass keine Einschätzung einer Gesellschaft, eines Menschen,

eines Staatsmannes vollkommen sein kann, weil viele Kenntnisse erst spät bekannt werden und gewonnen werden müssen; und er demonstriert es an differenzierten Bewertungen der sowjetischen und der DDR-Gesellschaft, von führenden Persönlichkeiten wie Ulbricht und Grotewohl, Molotow und Chruschtschow, Brechnew und Kadar. Seine kurze Zeit als Journalist schildert er mit dieser Anekdote: 1955 überraschend zum „Neuen Deutschland“ delegiert, soll er die Abteilung Wirtschaftsfragen übernehmen. Seine erste Amtshandlung ist es, eine Mitteilung des Verkehrsministeriums zu Fahrplanänderungen abzuzeichnen, die in die Setzerei gehen soll. Anderntags aufgeregter Anruf vom Ministerium: Was soll die Abkürzung SMK hinter den jeweiligen Zugangaben? Eberlein hatte es für einen bahntechnischen Hinweis gehalten. Es war aber nur die beim Fernschreiben damals übliche Bezeichnung für Semikolon (denn ein solches Zeichen hatte die Tastatur nicht). „Nie wieder“, schreibt Eberlein, „habe ich

irgendetwas unterzeichnet, was ich mir nicht erklären konnte“.

Eberlein hat so gut wie alle in jüngerer Zeit erschienenen Werke von Politologen, Ökonomen, Marktwirtschaftsideologen und Futurologen gelesen, um der Frage aller Fragen näher zu kommen: Wie geht's weiter mit der Menschheit, mit dem Kapitalismus? Er resümiert: „Ich setze darauf, dass die Menschheit einen Weg aus der Zivilisationskrise finden wird. Aber ich gebe zu, dass es dafür nicht sonderlich viel Anhaltspunkte gibt“. Und am Schluss des Buches: „Es gibt zum Kapitalismus nur eine Alternative: den Demokratischen Sozialismus, der in sich alle zivilisatorischen Errungenschaften der Vergangenheit aufnimmt und sich imstande zeigt, alle geschichtlich überholten gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden“. Wer diese Alternative bewerkstelligen kann und soll – Eberlein lässt es offen.

Hans-Hermann Krönert

Werner Eberlein: Geboren am 9. November. Erinnerungen. 3. Korrigierte Auflage, Verlag Das Neue Berlin 2001, 540 Seiten, ISBN 3-360-00927-4; broschuriert 14,90 Euro.

Ende für Thormann & Goetsch besiegelt

Traditions-Druckerei wird stillgelegt

Das Aus für ein Berliner Traditionsunternehmen ist besiegelt. Die Druckerei Thormann & Goetsch in Marienfelde wird zum 31. Dezember stillgelegt. Die Firma Jungfer-Druck aus Herzberg, die das kaputt gewirtschaftete Familienunternehmen vor drei Jahren aus der Insolvenz heraus erwarb, hat der Rollenoffsetdruckerei an der Großbeerenstraße keine längerfristige Perspektive eröffnet. Die Bilanzen wiesen rote Zahlen aus. Allerdings sei das, so ver.di-Betreuungssekretär Manfred Föllmer, „schwer nachzuvollziehen“, da sowohl die technische Ausstattung als auch die Auftragslage gut gewesen seien und die hochqualifizierte Belegschaft für ihr Qualitätsbewusstsein bekannt war. Man werde den Verdacht nicht los, dass es der Jungfer GmbH lediglich um die Übernahme der Aufträge in den Harz gegangen sei. Die kämpferische Be-

legschaft – sie hatte sich noch mit einem Warnstreik an der Tarifrunde vom Frühjahr beteiligt – und ihr engagierter Betriebsrat hatten seit Monaten mit ver.di-Unterstützung um die Erhaltung

**Qualifizierte Drucker
sind nun arbeitslos**

der Arbeitsplätze gerungen. Obwohl keine Sozialplanpflicht besteht, konnte der Geschäftsführung für die 60köpfige Belegschaft ein Rahmensozialplan im Umfang von 400 000 Euro abgerungen werden. „Kein Arbeitsplatz, der verschwindet, keine Kollegin, kein Kollege, die mit ihrer Arbeit mehr als den Broterwerb verlieren, können Gewerkschaftern gleichgültig sein“, betonte ver.di-Landesbezirksfachbereichsvorsitzende Constanze Lindemann.



Fotos: transit/v.Polentz

Dank und Ermutigung für Lutz Ziegler und Kollegen.

Stellvertretend für alle Beschäftigten von „Thormann & Goetsch“ dankte sie dem Betriebsratsvorsitzenden Lutz Ziegler, wünschte allen persönliches Wohlergehen und hofft, dass ihr Kontakt zu ver.di weiter intensiv bleibt. **neh**

VER.DI GEGEN SCHLISSUNG

Der Bertelsmann-Konzern plant, seine Berliner Firma Elsner-Druck mit 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu schließen und die Produktion nach Pöbneck zu verlagern. In Pöbneck wird in einen hochmodernen Betrieb zur Buchherstellung investiert. Am dortigen Standort gilt kein Tarifvertrag, die Beschäftigten erhalten nur 87 Prozent des Wocheneinkommens der Druckindustrie. Die geplante Verlagerung könne nur unter diesem Aspekt gesehen werden, betont ver.di, und forderte den Bertelsmann-Vorstand auf, die Arbeitsplätze in der Hauptstadt zu sichern. Elsner-Druck erzielte das beste Betriebsergebnis aller Offsetdruckereien des Bertelsmann-Konzerns in Deutschland, schreibt schwarze Zahlen und kann auf eine positive Auftragslage verweisen. Um eine Schließung in Berlin zu vermeiden, finden gegenwärtig Gespräche zwischen dem von ver.di unterstützten Betriebsrat, der Geschäftsleitung und Sachverständigen statt. **neh**

Pixelpark kämpft weiter ums Überleben

Am Standort Berlin nur noch 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Stundenlang wurde hinter verschlossenen Türen um die Existenz des Internetdienstleisters Pixelpark gerungen. Vorstand, Gesellschafter, Vertragspartner und der Betriebsrat einigten sich schließlich auf eine Radikalkur für das angeschlagene Unternehmen. In Deutschland verlieren 150 der 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Im kommenden Jahr will Pixelpark an allen Standorten nur noch 230 Angestellte beschäftigen. In Berlin wird besonders kräftig geschrumpft. Nur noch 50 Beschäftigte werden dann im IT-Entwicklungs- und Servicebereich tätig sein. Bestehen bleibt die Tochtergesellschaft ZLU mit 35 Angestellten. Der Hauptsitz von Pixelpark wird künftig mit 50 Beschäftigten in Köln angesiedelt. In Hamburg verbleiben lediglich drei Vertriebsmitarbeiter. Nicht betroffen von den harten Sparmaßnahmen sind die Tochterge-

sellschaften in Österreich und der Schweiz.

Für die von Entlassung Betroffenen hat der Gesamtbetriebsrat einen Sozialplan ausgehandelt. „Wir sind natürlich froh, dass Pixelpark weiter besteht“, betont Uwe Temme, Betriebsratsvorsit-

**Betriebsräte
entlassen?**

zender in Berlin. „Wir sind der Unternehmensführung entgegen gekommen und haben dafür einen vernünftigen Sozialplan erhalten.“ Allerdings sollen jetzt auch sieben der neun Betriebsratsmitglieder entlassen werden. Paulus Neef, Gründer und Vorstand von Pixelpark, bestätigt dies: „Alle Kündigungen wurden am 30. November ausgesprochen. Es ist richtig, dass auch Betriebsratsmitglieder dabei sind.“

Die Entlassungen seien rechtlich einwandfrei. „Wir haben dies mit Arbeitsrechtlern zuvor besprochen“, betont Paulus Neef. Der Betriebsrat hat bereits angekündigt, diese Kündigungen nicht kampfflos hinzunehmen. „Wir werden dagegen klagen“, sagte Uwe Temme.

Abzuwarten bleibt, ob Pixelpark mit der verkleinerten Mannschaft den Weg in die schwarzen Zahlen schafft. Hauptgesellschafter Bertelsmann hat dem Unternehmen letztmalig eine Finanzspritze von 3,2 Millionen Euro zugesagt. Zusätzlich hat der Medienkonzern angekündigt, seine 60,3-Prozent-Beteiligung auf 20 Prozent zu reduzieren. Gesucht wird jetzt ein Investor, der das 40,3-Prozent-Paket übernimmt. Von einer zusätzlichen Sanierungshilfe durch Bertelsmann spricht Paulus Neef. Er werde sich zum Jahresbeginn persönlich um einen Käufer bemühen. **sil**

Heraus aus dem Vakuum

Freienbeirat beim ORB will Fusion aktiv begleiten

Ein neues Gremium soll den freien Mitarbeitern des ORB eine Stimme verleihen: Im Sommer wurde im Sender ein Freienbeirat ins Leben gerufen. Im Unterschied zu anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten gab es dort bisher keine Interessenvertretung der Freien. Dabei setzt der ORB auf den Einsatz freier Mitarbeiter: Neben rund 650 Festangestellten arbeiten 500 Freie regelmäßig für den Sender.

„Wir schwebten quasi im luftleeren Raum“, erklärt Jürgen Schäfer, Sprecher des Freienbeirats. Neben ihm gehören vier weitere Freie dem neuen Gremium an: Antje Grabley, Janine Haschker, Frank Drescher und Karsten Kiesant. Zusätzlich stehen in den verschiedenen Produktionsbereichen weitere Ansprechpartner zur Verfügung.

Problematisch sind vor allem die Vertragsbedingungen, unter

denen Freie beim ORB beschäftigt sind. Sie arbeiten entweder mit einer Prognoseregelung, die eine Höchstzahl von Arbeitstagen innerhalb eines Jahres genau festschreibt. Die Alternative ist ein Rahmenvertrag, der nach sechsjähriger Tätigkeit ein halbes Jahr Zwangspause vorsieht.

Fusion bringt Unwägbarkeiten

Die Fusion von ORB und SFB bringt für die Freien zusätzliche Unwägbarkeiten. In die Projektgruppen zur Fusion sind sie nicht eingebunden. Damit ist ein Ziel klar definiert: „Wir wollen am Fusionsprozess beteiligt werden und kämpfen um Weiterbeschäftigung im RBB“, so Schäfer. Im Hinblick auf die Zusammenlegung sei im Freienbeirat vorsorg-

lich ein Sitz für einen Kollegen vom SFB freigehalten worden, der inzwischen auch besetzt wurde. Wichtig sei auch die Anpassung der Honorare und Arbeitszeiten an die meist besseren Regelungen beim SFB sowie die Abschaffung von Prognose- und Zwangspausenregelungen. „Andere Sender wie der NDR, der SWR oder der MDR kommen ohne solche Modelle aus“, erläutert der Freiensprecher. Vielerorts sind Freienbeiräte bereits etabliert. Sie werden von den Geschäftsleitungen als Kontaktstelle zu den freien Mitarbeitern gesehen. Beim MDR wurde der Freienrat sogar auf Betreiben des Intendanten gegründet. Wie sich die Arbeit beim ORB entwickeln wird, ist offen. Die Resonanz unter den Freien sei jedoch groß. „Die Fusion macht die Leute unruhig, die wollen wissen, was läuft“, ist sich Schäfer sicher. **Ute C. Bauer**

GRUNDSICHERUNG AB JAHRESBEGINN

Zum 1. Januar 2003 treten die Regelungen über eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Rentner und dauerhaft Erwerbsgeminderte mit geringem Einkommen in Kraft.

Die Grundsicherung löst die Sozialhilfe bei Rentnern ab. Sie liegt 15 Prozent über dem bisherigen Sozialhilfesatz und muss in einem vereinfachten Verfahren bei den neu geschaffenen Grundsicherungsämtern in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen bzw. den Bezirksämtern beantragt werden. Anspruch auf diese Leistung besteht nur bei Bedürftigkeit, die anhand des eigenen Einkommens aus Rente, Unterhalt, Mieteinnahmen und Ähnlichem ermittelt wird.

Mehr unter Internet unter www.gesichertes-Leben.de und im nächsten „Sprachrohr“.

Zwei Todesfälle?

Proteste in den Wind geschlagen

Mit dem Motto „Eine Hochzeit und zwei Todesfälle“ versehene Nelken überreichten Vertreter des SFB-Personalrats und der Redakteursversammlung den Berliner Abgeordnetenhausmitgliedern kurz vor der Abstimmung über den Staatsvertrag zur Gründung des „Rundfunks Berlin-Brandenburg“ (RBB) am 31. Oktober. Damit sollten die Parlamentarier zum wiederholten Male auf die Mitbestimmungsdefizite im Gründungsdokument der neuen gemeinsamen Sendeanstalt hingewiesen werden. Genützt hat es wenig. Auch das Berliner Abgeordnetenhaus stimmte dem Fusionsvertrag mehrheitlich zu, wie das die Landtagsabgeordneten in Potsdam bereits drei Wochen zuvor getan hatten.

Monatelange Proteste und Demonstrationen von Beschäftigten und Gewerkschaften wurden so in den Wind geschlagen, die den Abbau von Mitbestimmungsrechten und eine Beschädigung der inneren Pressefreiheit in der neu-

en Sendeanstalt kritisiert hatten. „Die Einführung des Bundespersonalvertretungsgesetzes ist eine Kriegserklärung gegen die Beschäftigten und ein böses Signal für das Pilotprojekt der Länderfusion“, hatten die Personalratsvorsitzenden von SFB und ORB auch noch kurz vor der Abstimmung im Berliner Abgeordnetenhaus gewarnt. Hier wurde auch das Abstimmungsverhalten der mitregierenden PDS kritisiert. Sie missachte ihren zuvor einstimmig gefassten Parteitagsbeschluss, den Staatsvertrag wegen der Mitbestimmungsdefizite abzulehnen. In die Kritik im Vorfeld der Parlamentsbeschlüsse hatten sich prominente Politiker eingeschaltet, darunter SPD-Vizevorsitzender Wolfgang Thierse und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Der ver.di-Gewerkschaftsrat hatte im Herbst an die Abgeordneten in Potsdam und Berlin appelliert, in letzter Minute den Abbau demokratischer Standards zu verhindern. In Branden-



SFB-Personalratschefin Hanne Daum verabreichte Blumen und der regierende Bürgermeister lächelte...

burg hat sich im September eine Volksinitiative gegen den Staatsvertrag gegründet. Sie muss innerhalb von 12 Monaten 20 000

Unterschriften vorlegen, damit sich das Landesparlament erneut mit dem Fusionsvertrag beschäftigt. **neh**

Wochenlang sendete tv.berlin nur aus der Konserve. Doch diese Form des Recyclings hatte nichts mit den sonst aller Orten aktuellen Sparmaßnahmen zu tun, man war schlicht pleite. Im Sog des Kirch-Absturzes hatte es auch den kleinen Sender unter dem Fernsehturm erwischt. Bereits im April wurde der Insolvenz-antrag gestellt, Anfang August der reguläre Sendebetrieb vorläufig beendet.

Seit 11. November sendet tv.berlin wieder, zunächst aber nur Programmankündigungen. Erst am 15. November ging es dann richtig los. Zuvor hatte am 21. Oktober die Medienanstalt Berlin-Brandenburg die Lizenz an die Kanal 1 Fernsehbetriebsgesellschaft mbH für sieben Jahre neu vergeben. Dafür mussten die neuen Eigentümer von tv.berlin Zugeständnisse machen: das Programm muss einen lokalen Schwerpunkt aufweisen und – für die Betroffenen besonders wichtig – die Übernahme von 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde verbindlich vereinbart. In zwei Jahren will die Medienanstalt Berlin-Brandenburg überprüfen, ob diese Zusagen auch eingehalten wurden. Eigentümer der Kanal 1 Fernsehproduktionsgesellschaft ist der österreichische Bauunternehmer Hanno Soravia. Er hält 49 Prozent der Anteile, weitere 49 Prozent Gerhard Knechtel als Treuhänder für Hanno Soravia und zwei Prozent Beatrix Scharl. Der Wiener Geschäftsmann mit Fernsehambitionen war nicht nur bei tv.münchen und in Berlin auf Einkaufstour. Er erwarb auch den ebenfalls insolventen Schweizer Ballungsraumsender TV 3 und bemüht sich in seiner Heimatstadt Wien um eine Lizenz.

„Es ist ein Erfolg, dass die 45 Mitarbeiter von tv.berlin weiterbeschäftigt werden“, betont Katja Karger von connex.av. „Es gibt auch weiterhin einen Betriebsrat, der zum Teil aus den alten, erfahrenen Mitgliedern besteht.“ Noch sind offenbar nicht alle Fragen beantwortet, die sich aus dem Eigentümerwechsel ergeben. „Für den Betriebsrat geht es jetzt vor allem darum, sich um die neuen Strukturen zu kümmern und die Beschäftigungsverhältnisse zu klären“, sagt Katja Karger. Nach der Insolvenz waren bereits Mitarbeiter abgewandert, statt in der unsicheren Situation auszuharren. So blieb von rund 100 Beschäftigten nur knapp 2

Hängt tv.berlin erneut am seidenen Faden?

Medienanstalt stellte Bedingungen

Hälfte übrig. In den Neubeginn startete die derart verkleinerte Mannschaft, die sich nun bemüht, trotz Mehrbelastung ein ordentliches Programm zu machen. Denn die neuen Eigentümer erwarten bald vorzeigbare Ergebnisse. Hanno Soravia mach-

Kein Fass ohne Boden
bitte!

te bereits in Interviews deutlich, dass tv.berlin sich finanziell nicht als Fass ohne Boden erweisen darf. In der Berliner Zeitung wurde er mit dem Satz zitiert: „Wenn

der Sender es in einem Jahr nicht schafft, ziehen wir uns wieder zurück.“ Er erwarte einen „kalkulierbaren Verlust“. Außerdem müsse man in dieser Zeit „die Kosten für die Mitarbeiter im Griff haben“. In „zwei bis drei“ Jahren soll tv.berlin dann eine schwarze Null schreiben. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Schließlich gibt es die übermächtige SFB-Konkurrenz.

Bisher hatten die Mitarbeiter von tv.berlin noch Glück im Unglück. Durch die Auflagen der Medienanstalt sind Kündigungen nicht zu erwarten. Diese Weitsicht hatten die Verantwortlichen des Medienrats der Bayerischen Landes-

zentrale für neue Medien (BLM) nicht. Sie genehmigten die Änderung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse beim Schweitersender tv.münchen ohne eine vergleichbare Auflage. Prompt deutete sich bereits kurz nach der Übernahme an, dass jeder zweite der rund 200 Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz räumen muss. Bei tv.münchen stieg die Kanal 1 Fernsehproduktionsgesellschaft nicht wie in Berlin zu 100, sondern nur zu 40 Prozent ein, 60 Prozent behält Thomas Kirch.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Eigentümerwechsel und Namensänderungen haben die Beschäftigten am Alexanderplatz jedenfalls schon häufiger miterleben müssen. Nicht zum ersten Mal hing die Existenz von tv.berlin am seidenen Faden. Zur Geburt, im November 1993, hieß der Sender noch IA Brandenburg. Doch bereits nach zwei Jahren wurde daraus IA Fernsehen, im Jahr darauf Puls TV. 1997 meldete der Sender erstmals Insolvenz an. Der neue Eigentümer hieß Thomas Kirch, der Sender wurde in tv.berlin umbenannt. Seither blieb wenigstens der Name erhalten.

Silke Leuckfeld

JENSEITS VOM SCHWARZEN KANAL

Seit dem 15. November können sich Besucher der Medien Galerie und von Veranstaltungen im Haus der Buchdrucker überzeugen, dass es im DFF bzw. dem Fernsehen der DDR „nicht nur den Schwarzen Kanal“ gab. Zu den „Streiflichtern aus 39 Adlershofer Fernsehjahren“ – die sich als Beitrag zum nationalen Jubiläum 50 Jahre Fernsehen verstehen – haben neben den Initiatoren vom Paul-Nipkow-Teletklub e. V. zahlreiche Zeitzeugen, ehemalige Fernsehmitarbeiter und „Sprachrohr“-Leser mit Leihgaben beigetragen.

Im Begleitprogramm zur Ausstellung gab es bereits ein Wiedersehen mit guten alten Bildschirmbekanntem, darunter Wolfgang Scheuer (Foto), der in der Medien Galerie sein Publikum im Wortsinne „bezauberte“. Auch Winfried Kujas und das Sandmännchen, Kabarettist und Autor Jochen Petersdorf oder Heinz Florian Oertel standen schon Rede und Antwort.



Foto: transitv. Polentz

Lesungen und Vorträge von Wissenschaftlern verschiedener Universitäten und der Filmhochschule gehörten außerdem zum Programm. Sie widmeten sich Aspekten der DDR-Fernsehgeschichte, speziell Themen wie Programmstrukturen, dem Kinderfernsehen, dem Genre Doku-

mentarfilm, der Fernsehdromatik und der Fernsehunterhaltung. Die Ausstellung läuft noch bis Ende Januar. Am 3. und 10. Januar um 18 Uhr sind Entertainer Lutz Jahoda sowie Dramaturg und Medienhistoriker Hans Müncheberg als Gäste in der Dudenstraße avisiert. **neh**

Nur Übung macht fit für den Alltag

„radioMitte 92 sechs“ trainiert Praxis für angehende Hörfunkjournalisten

„Wir würden manchmal gerne Beiträge von Freien mit ins Programm nehmen – aber wir haben einfach keine Zeit, uns um deren Ausbildung zu kümmern!“ – So bringt eine Kollegin aus einem Berliner Radiosender das Problem auf den Punkt, an dem sich schon so mancher Hörfunk-Neuling die Zähne ausgebissen hat: „Wo kann ich das Handwerk lernen?“ lautete für viele die Preisfrage. Genau hier setzt ein Projekt an, das immer mehr Zulauf hat: „radioMitte 92 sechs“ heißt der Tipp für alle, die ins Radio-Machen ein- oder umsteigen wollen. Auch für erfahrene Hörfunk-Journalisten ist „radioMitte“ im Berliner ver.di-Medienkompetenzzentrum (Dudenstraße 10) eine gute Adresse: Hier kann man Technik und Studiozeit günstig buchen – für Mitglieder sogar zum Selbstkostenpreis.

Hinter dem neuen Label verbirgt sich Berlins Ausbildungsradio, das seit etwa fünf Monaten auf Sendung ist. Leiter ist der Radiojournalist und –dozent Dieter

**Großaufträge blieben
leider Eintagsfliegen**

Sirozynski. „Viele haben Interesse am Radiomachen und suchen nach fachlicher Unterstützung“, sagt er. Deswegen hat er das Projekt aus der Taufe gehoben, ge-



Foto: S. Wolkenhauer

Draufsicht: Hier teilen sich Neuling Anca Mehlis und Umsteiger Tilmann von Rohden einen Digitalschnittplatz.

tragen vom Verein „Netzwerk pro Radio“, dessen Radiowerkstatt NonProfitRadio (NPR) und der Hörfunkschule Berlin des NPR-Bildungswerkes. Kooperationspartner sind der Fachbereich Medien Berlin-Brandenburg in der Gewerkschaft ver.di und der Offene Kanal Berlin OKB (Medienanstalt Berlin-Brandenburg), über dessen Kabelfrequenz 92,6 MHz „RadioMitte“ als so genannter Drittnutzer regelmäßig ausstrahlt.

Eines der Redaktionsmitglieder von „radioMitte“ ist der Print-Journalist Tilmann von Rohden,

der sich so auch das Medium Hörfunk erschließen will. Praxis ist angesagt – und so feilt er am digitalen Schnittplatz ein Interview zurecht: Räusperer und Versprecher stören noch, eingespro-

**Jeder Medienkonzern
ist willkommen**

chene Textpassagen und Hintergrundgeräusche sollen den Beitrag abrunden. Vor kurzem ist Tilmann von Rohden gemeinsam mit einer Kollegin zum Ressortleiter aufgestiegen. Dass das so zackig geht, ist Methode bei „radioMitte“: Innerhalb eines halben Jahres können Mitglieder der Modellredaktion sämtliche Ressorts und Posten durchlaufen, angefangen vom Reporter über die Ressortleitung zum CvD und bis hinauf zur stellvertretenden Chefredaktion – kostenlos angeleitet und unterstützt von Lehrkräften, die alle aus der Praxis kommen.

Um deren Auswahl kümmert sich Manfred Matzke, Radio-koryphäe mit jahrzehntelanger Rundfunkerfahrung. „Alles, bloß kein Dudelfunk“ ist sein Motto, Neulinge sollen auch wirklich etwas lernen können: Sprechen und Moderieren steht ebenso auf dem Programm wie journalisti-

sches Basiswissen, eine Technik- und Audioschnitt-Einführung oder die Organisationsgrundlagen einer Musikredaktion. Solche Wochenend-Unterrichtsböcke können auch Externe als „Trainees“ mitmachen, ebenso wie einen Radio-Basiskurs, der Voraussetzung zur Redaktionsteilnahme ist. „Aber dann muss man weitermachen“, sagt Tilmann von Rohden. „Richtig fit für den Alltag macht nur Übung – dafür sind wir schließlich hier.“

Und das macht Lehrern und „Azubis“ sichtlich Spaß: Chefredakteurin Lisa Schäfer strahlt über eine besonders gelungene Anmoderation, während ihre Schülerin Britta Barlage einem Beitrag den letzten Schliff verleiht. Denn regelmäßig freitags eine Stunde vor Mitternacht startet das Programm: Bis zum kommenden Mittag wechseln sich dann meist einstündige Magazinsendungen zu Kultur, Aktuellem, Berliner Sport oder Wirtschaft ab.

„Der Ehrgeiz, dass ein Beitrag gut wird, ist schon größer, wenn gesendet wird“, sagt Britta Barlage. Eine Ausstrahlung über Antenne wäre das Ziel – dann könnte man „radioMitte“ auch außerhalb des heimischen Wohnzimmers hören. Seit nunmehr 18 Jahren senden die OKB-Nutzer im Gegensatz zu ihren Kollegen aus anderen Bundesländern übers Kabel und fordern eine terrestrische Ausstrahlung. „Selbst die ‚schwache‘ Berliner Veranstaltungsfrequenz, die man an den OK anbinden könnte, erreicht bis zu 400.000 Menschen“, weiß Dieter Sirozynski. „Und ein vom dju-Landesverband befürwortetes ver.di-Gewerkschaftsradio würde dann auch mehr Hörer erreichen.“ Ein Wunschtraum? Wer weiß – bei der Dezember-Sitzung des Medienrates steht auch die Medienkompetenz-Förderung in Berlin-Brandenburg wieder auf dem Programm.

Weitere Informationen über „radioMitte 92 sechs“: im Internet unter www.radiomitte.de und www.netzwerk-pro-radio.de oder telefonisch unter der Nummer 030/68 30 20 90.

Susanne Wolkenhauer

HOCHSCHULKONTAKTE IM JOURNALISMUS

Am 15. und 16. November trafen sich in Berlin diejenigen, denen der journalistische Nachwuchs nicht ausreichend gewerkschaftlich rekrutiert scheint. Die starke Konkurrenz des Deutschen Journalisten Verbands veranlasste die dju in ver.di zu einer gezielteren Werbung und zu Bemühungen um eine dauerhaftere Präsenz an Hochschulen. Das vorherrschende Problem ist dabei vor allem die oft geringe oder überhaupt nicht vorhandene gewerkschaftliche Anbindung der meisten Studierenden. Problematisch ist schon die Lokalisierung der zukünftigen Journalisten und Journalistinnen, von denen nicht einmal die Hälfte in einschlägigen Studiengängen eingeschrieben sind. Neben diversen Weiterbildungsangeboten wurde unter Beteiligung der neu gegründeten ver.di-Hochschulgruppe an der Universität Leipzig zu einer Podiumsdiskussion geladen. Dort beantworteten dju-Mitglieder und vor allem erfahrene Journalisten Fragen zu Berufseinstieg, Praxis und Organisation. Die Leipziger Universität ist eine der wenigen, die den Diplom-Studiengang Journalistik anbietet. **Hannes Heine**

Seit 22 Jahren engagiert sich das Internationale Institut für Journalistik Berlin-Brandenburg (IJJB) in der Aus- und Weiterbildung von Journalisten. Entstanden ist es aus der 1963 gegründeten „Schule der Solidarität“ beim Journalistenverband der DDR. Demnächst erscheint eine ganze Ausgabe der Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Hefte über das IJJB. Wir sprachen mit Direktor Dr. Rüdiger Claus.

Beim Auflösungskongress des DDR-Journalistenverbandes VDJ 1990 wurden die Millionen auf dem Verbands-Solikonto dem Institut zugewiesen. Was ist mit den Spenden geschehen – wurden sie etwa nur zur Beschäftigung von „Altkadern“ verwandt?

R.C.: Das sind Gerüchte, die offenbar in Unkenntnis gestreut werden. 1989 gab es rund 52 Planstellen, inzwischen arbeiten hier nur noch sechs Mitarbeiter und etliche Honorarkräfte – und das nur zu einem Bruchteil der bei „westlichen“ Institutionen üb-

Lehrpläne entrümpelt

lichen Gehälter. Anteil am Neubeginn hatten sowohl Alt- wie auch Neukader. Wir pflegen im übrigen die Eignung von Mitarbeitern nicht an der Herkunft festzumachen. Bis auf eine kurze Unterbrechung gab es bisher jedes Jahr mehrere IJB-Journalistenkurse in Deutschland sowie etliche Workshops und Seminare im Ausland. Mit Fug und Recht können wir sagen und auch belegen: Der Großteil der Spendenmillionen ist für den gedachten Zweck eingesetzt worden – und zwar sparsam. So müssen die jeweils 12 Teilnehmer der jährlich zwei 8-Wochen-Kurse seit 1999 ihre Anreise mit Hilfe ihrer Unternehmen oder von Sponsoren in der Regel selbst bezahlen.

Lehren Sie denn noch das Gleiche wie an der Schule der Solidarität?

R.C.: Logischerweise nicht. Das war eine unserer ersten Aufgaben nach 1990, die Lehrpläne zu entrümpeln, von ideologischem Ballast zu befreien. Außerdem wurden völlig neue Angebote konzipiert mit dem Schwerpunkt journalistisches Handwerk. Im

Die Spendenmillionen sind nicht verschwendet

Brandenburger Journalistik-Institut stellt sich kritischen Fragen

Mittelpunkt steht das learning by doing. Redaktions- und Studiobesuche sowie Honorarkräfte aus der journalistischen Praxis unterstützen die praxisnahe Weiterbildung.

Das Institut ist in ein neues Domizil umgezogen, betreibt auf kommerzieller Basis ein Hotel. Wird so nicht der eigentliche Zweck in den Hintergrund gedrängt?

R.C.: Zunächst muss ich Sie korrigieren: Das IJJB betreibt kein Hotel. Als gemeinnütziger e.V. dürfen wir gar keine kommerziellen Aktivitäten unternehmen, und tun es auch nicht. Anfang der 90er Jahre wurde die Immobilie der ehemaligen Schule in Friedrichshagen an das Land Berlin rückübertragen, das es uns 1996 zum Kauf bzw. zur Miete anbot – allerdings zu unrealistischen Konditionen. In dieser Situation entschlossen wir uns zum Erwerb eines Grundstücks und Bau eines Hauses entsprechend unseren Bedürfnissen, d.h. mit Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten für die Lehrgangsteilnehmer. Das ist auf die Dauer sparsamer. So entstand 1997 in Dahwitz-Hoppegarten ein dreistöckiges Gebäude mit Lehrräumen und genügend Platz für die

Institutsarbeit. Das kleine Hotel und Restaurant betreibt eine GmbH völlig eigenständig.

Zusammen mit Fördergeldern lebt es sich sicher gut, oder?

R.C.: Wir bekommen keine ständige Förderung – schon gar nicht vom Land Berlin und leider nicht vom Bund. Im besten Fall gibt es für einzelne Vorhaben zielgerichtete Projektförderungen von Brandenburg, aber das ist ja bekanntlich ein armes Land. Im Doppelhaushalt 2002/2003 sind die Potsdamer Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sogar fast gegen Null gefahren worden. Das hat nicht nur das Aus für das Brandenburgische Entwicklungspolitische Institut (BEPI) gebracht, sondern erschwert auch die Arbeit anderer Gruppen, Vereine und Institutionen wie die des IJJB. So ist nun stärker als zuvor unsere Fantasie und Initiative gefragt, Partner, Förderer und Sponsoren zu gewinnen.

Nun gibt es ja andere Aus- und Weiterbildungsangebote für Journalisten. Lebt das IJJB nicht nur noch aus „Osttrotz“?

R.C.: Der Eindruck täuscht, denn die Journalistenschulen in Deutschland konzentrieren sich auf den hiesigen Nachwuchs. Für

Journalisten aus Entwicklungsländern gibt es außer dem IJJB nur noch zwei weitere eigenständige Einrichtungen – die Hörfunk- und TV-Fortbildung bei der Deutschen Welle in Köln und Berlin sowie das eher virtuelle Institut für Jour-

Ein gewisser „Westtrotz“

nalismus (IJ) bei der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Dem steht eine ungebrochene Nachfrage entgegen – es gibt also eher zuwenig derartige Einrichtungen.

Wenn Sie mit „Osttrotz“ im positiven Sinne Beharrungsvermögen meinen, dann trifft das schon eher auf das IJJB zu. Denn wir spüren einen gewissen „Westtrotz“. Immerhin werden wir immer noch vom Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) geschnitten, sind auch von der so genannten Clearingstelle für Entwicklungszusammenarbeit im Medienbereich ausgeschlossen. Dabei könnte durch bessere Kooperation Hilfe für ausländische Kollegen effektiver werden.

Das Gespräch führte:
Holger Wenk

ANZEIGE

**Gesundheit
und
Gesundheitspolitik
in Brandenburg**

Sie recherchieren,
brauchen Informationen,
Zahlen, Daten Hintergründe?

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 28, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinsogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Rufen Sie uns an!

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: joerg.trinsogga@brb.aok.de



AOK
Die Gesundheitskasse



Die Delegierten hatten ein gerütteltes Pensum abzuarbeiten. Das forderte Konzentration, aber manchmal half auch ein Lachen...

Die gute Nachricht zuerst: Der ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie hat nach Monaten des „Zusammenraufens“ am 30. November auf Landesebene erstmals Bilanz gezogen und einen neuen Vorstand gewählt. Die Debatten verliefen sachlich und – der frischgekürtc stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke bemerkte es ausdrücklich – kritisch. Gejamert wurde nicht, auch wenn die Lage nicht nur in der Medienbranche ernst ist und Konzepte gefragt sind.

„Ungeachtet aller unterschiedlichen Traditionen, Einstellungen und Positionen aus der jeweiligen Geschichte heraus, war die überwiegende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen entschlossen, den jetzt gemeinsam eingeschlagenen Weg zu festigen und aus-

zubauen. Die Zusammenführung von Mitgliedern derselben Fachrichtung aus bisher verschiedenen Gewerkschaften in jetzt gemeinsame Fachgruppen in einen Fachbereich sahen die meisten als einen Fortschritt an.“ So fasste der Bericht des Landesfachbereichsvorstandes den Stand der Fusionsbemühungen in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zusammen. Die Probleme mit der Selbstfindung und der Logistik scheinen – von Ausnahmen abgesehen – überwunden. Der Schuh drückt woanders: Pleiten, Kürzungen, Entlassungen, Übernahmen, Fusionen, Produktionsverlagerungen, einbrechende Werbeeinnahmen, das sind Begriffe, die die Druck- und Medienbranche offenbar längerfristig beherrschen, aber auch vor anderen Industriebereichen und

Glaubwürdigkeit

Landesbezirkfachbereichskonferenz Medien, Kunst

selbst dem Öffentlichen Dienst, vor Bühnen, Theatern und freien Kultureinrichtungen nicht Halt machen. Probleme wie Tariffucht und Entsolidarisierung sind nirgends mehr tabu. Wenn ver.di-Gewerkschafter in den gesellschaftlichen Prozessen „überhaupt eine Rolle spielen“, das heißt „Glaubwürdigkeit und in den politischen Auseinandersetzungen Kompetenz“ beweisen wollen, gelte es, gemeinsame Positionen zu entwickeln und konzentriert aufzutreten, fordert der Bericht. Er kritisiert an anderer Stelle „die nicht abgestimmte und nirgendwo diskutierte Beteiligung von ver.di an der Hartz-Kommission und den für engagierte Gewerkschafter/innen nicht nachvollziehbaren Beifall zu den dort erarbeiteten Konzepten“.

KONFLIKTVERMEIDUNG ODER SPEERSPITZE

Derart eingestimmt, fielen die Redebeiträge klar und die Fragen, die vor allem ver.di-Vize Frank Werneke in der Debatte zahlreich gestellt bekam, fordernd aus. Zuvor war Werneke in seinem Grußwort auf die Probleme Medienkrise und Tarifpolitik eingegangen. Er betonte im Zusammenhang mit der laufenden Tarifrunde für Redakteure an Tageszeitungen, dass sich der Landesbezirk Berlin-Brandenburg hinsichtlich betrieb-

licher Mobilisierung zu einem „absoluten Problembereich“ entwickelt habe. Die Arbeitgeber versuchten auf breiter Front, Verschlechterungen durchzusetzen. Die Gefahr einer Abkopplung der neuen Länder von der Tarifentwicklung sei nicht gebannt. Das „konfliktvermeidende“ Verhalten des Deutschen Journalistenverbandes – eigentlich Partner auf Arbeitnehmerseite – in den laufenden Verhandlungen zwingt ver.di, den Kurs gegenüber dem DJV „neu zu formulieren“. Anfragen an Werneke befassten sich mit der Nichtbesetzung der durch Gerd Nies' Rücktritt freiwerdenden zweiten Stelle im Bundesvorstand, neuerlich mit der ver.di-Gehaltspolitik, mit der Stellung des Bundesvorstandes zum Erhalt des „Hauses der Buchdrucker“ in der Dudenstraße als zumindest gewerkschaftsnahe Einrichtung, mit der Schließung des Bildungszentrums in Springen, mit dem komplizierten Verhältnis zur IG BCE am Beispiel der Schering AG, mit der gewerkschaftlichen Strategie gegenüber dem sogenannten NV Bühne. Energisch vorgebracht wurde auch die Frage, wie ver.di sich angesichts zunehmender Einkommensumverteilung von unten nach oben in der eigenen Zeitung und in der Öffentlichkeit sozial positioniere. Werneke verteidigte die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Gewerkschaft vor allem mit Hinweis auf die ver.di-

NEUE BEZIRKSVORSTÄNDE

Im September und Oktober hatten Mitgliederversammlungen des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie in den ver.di-Bezirken Berlin, Cottbus und Frankfurt/Oder neue Vorstände gewählt:

BERLIN

Vorsitzender: Peter Venus
StellvertreterInnen: Antje Grabenhorst, Marion Kuschnerus, Dr. Kurt Stephan, Peter Schrott

COTTBUS

Vorsitzender: Volkmar Zech
Stellvertreterin: Renate Kuhlisch

FRANKFURT/ODER

Vorsitzender: Dieter Kürten
Stellvertreterin: Monika Amrell



Ind Kompetenz

und Industrie beriet und wählte neuen Vorstand

initiierte Kampagne zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Diskussionsredner, u.a. Hanne Daum und Peter Venus, Berliner Bezirksvorsitzender des Medienfachbereiches, bezeichneten es als „großen Fehler“, dass ver.di anscheinend mit der rot-grünen Regierungspolitik und entsprechenden Konzepten „ihren Frieden gemacht“ habe und erhoben die Forderung, sich in bester IG-Medien-Tradition stärker als „gewerkschaftspolitische Speerspitze“ gegen arbeitnehmerfeindliche Politik jeglicher Couleur zu profilieren. Hanne Daum, Personalratsvorsitzende im SFB, erinnerte an den vergeblichen Kampf, für den neugegründeten Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) bessere Mitbestimmungsregelungen durchzusetzen. Sie warnte, dass dieses äußerst problematische „Pilotprojekt“ für die Länderfusion nun versuchen könnte, eine Angleichung der Tarife auf dem niedrigeren Ost-Niveau durchzusetzen. Werneke wünschte sich in tariflichen Auseinandersetzungen „ein bißchen weniger Neutralität der ver.di-Betriebsräte“ und berichtete auch, dass der Gewerkschaftsrat mehrheitlich eine neuerliche Debatte um die Gehälter der Spitzenfunktionäre abgelehnt habe.

In einer anschließenden Debatte um ein „Kulturpapier“ auf ver.di-Landesebene hörten die mehr als 50 Delegierten ein Impulsreferat des Schriftstellers und Kulturwis-

senschaftlers Dr. Hennig Müller (VS). Mit neun Thesen und bewußten Rückgriffen auf Beschlüsse länger zurückliegender Gewerkschaftstage forderte der Redner eine grundsätzliche Beschäftigung mit Fragen von Kunst und Kultur. Eine „Kulturpolitik von ver.di gibt es nicht“, bemängelte er und wies am Beispiel neuer Berufsfelder in der Kultur- und Medienlandschaft nach, dass Entwicklungen „verschlafen“ würden. Er forderte, eine ver.di-Bundeskulturkommission und einen Kulturbeauftragten für Berlin-Brandenburg einzusetzen sowie eine Arbeitsgruppe Kultur auf Landesebene wiederzubeleben. In Verantwortung der Kunstfachgruppen des Fachbereiches solle eine Broschüre zum Thema erarbeitet werden.

KUNST IST, WENN MAN'S TROTZDEM MACHT

Die bisherige Debatte, sei „am Kern der Problematik weitgehend“ vorbeigegangen, bemängelte Gesamtpersonalratsvorsitzender Klaus Grunow. Es ginge „nicht nur um den Erhalt des BAT“, sondern ganz praktisch um die Existenz von Häusern und Arbeitsplätzen. Der Meinungsdisensz betreffe die Frage, ob „die Notwendigkeit von Kultur erklärt werden muss“, meinte Landesbezirksvorstandsmitglied Stefan Gretsch. Con-

NEUER LANDESFACHBEREICHSVORSTAND

Der neu gewählte Landesfachbereichsvorstand hat 25 Mitglieder und 20 persönliche Stellvertreter. Der/die Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden wurden durch die Versammlung direkt gewählt. Die Beisitzer und deren Stellvertreter wurden durch die Landesbezirksfachgruppenvorstände, die Bezirksfachbereichsvorstände von Berlin, Frankfurt/Oder, Cottbus und Potsdam sowie die Fachbereichsarbeitskreise Jugend, Senioren und Erwerbslose sowie Frauen nominiert und von der Versammlung bestätigt.

Vorsitzende: Constanze Lindemann

Stellvertreter: Christian-Ullrich Behring, Stefan Gretsch, Leonhard Hahn, Dieter Sirozynski-Haehnel

Als Vertreter des Landesfachbereiches für den Landesbezirksvorstand wurde Stefan Gretsch nominiert. Als Kandidatin für den ver.di-Gewerkschaftsrat wurde Hanne Daum bestätigt.

stanze Lindemann sah die Debatte als „Anstoß“ und die Thesen Müllers als „Auftrag“ an dem neuen Fachbereichsvorstand, diese Forderungen umzusetzen.

Nach den Neuwahlen des Landesfachgruppenvorstandes und der Beisitzer aus den Fachgruppen und Bezirksfachbereichen, der Nominierung eines Vertreters für den ver.di-Landesbezirksvorstand und einer Vertreterin für den Gewerkschaftsrat wurden Anträge debattiert und beschlossen. Die Vorstände auf Landesebene wurden beauftragt, „praktische Schritte in die Wege zu leiten“, die gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne gerichtet sind. Die Versammlung sprach sich einstimmig für den Erhalt der Mitgliederzeitschrift „Menschen Machen Medien“ ohne Seiten- oder Ausgabenreduzierung aus, auch wenn dazu ver.di-Budgets umgeschichtet werden müssten. Auf allen politischen Ebenen soll der Landesfachbereich dafür Sorge tragen, „dass Berlin seine drei Opernhäu-

ser mit den Balletten und Orchestern behält“, heißt es in einem weiteren Beschluss. Die Länderparlamente in Berlin und Brandenburg wurden von der Versammlung aufgefordert, die Tarifanpassung für die Theaterbeschäftigten in die Haushalte einzustellen. Bestätigt wurden auch Anträge zu Änderungen des Statuts des Fachbereiches 8 sowie zum organisatorischen Zusammenschluss der Beschäftigten des herstellenden und verbreitenden Buchhandels in der Fachgruppe 5.

„Gewerkschaft – das sind wir, die Mitglieder, die sich engagieren und für gemeinsame Interessen und Ziele solidarisch streiten. Ob unsere Gewerkschaft wirklich etwas taugt, zeigt sich erst und gerade in schwierigen Zeiten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen die notwendige Geduld und Ungeduld, Mut und den Willen, sich zu behaupten.“ So die Schlussbemerkung der wiedergewählten Landesfachbereichsvorsitzenden Constanze Lindemann. **H.N.**

Wer ist wer?

bei der Betreuung im ver.di-Fachbereich 8 Berlin/Brandenburg

FACHBEREICHSLEITER

Andreas Köhn

e-mail: andreas.koehn@verdi.de
zuständig für: Leitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie; Tarif-, Medien- und Kulturpolitik; Fachgruppe Journalismus (dju); Fachbereichsarbeitskreis Jugend

Mitarbeiterin: *Traudel Weidner*
Tel.: 030/86 31 – 11 07, Fax: -19 02,
e-mail: traudel.weidner@verdi.de

Bundeseinheitliche Presseausweise: *Manuela Werk* Tel.: 86 31 – 24 20, Fax: -2934, e-mail: manuela.werk@verdi.de

Internationale Presseausweise: *Andje Raudszus* (Mo. 8.30–16.30 Uhr) Tel.: 030/86 31 – 2421, Fax: -2934, ver.di-Senderverbandsbüro im SFB: (Die.-Fr.) Tel.: 30 31 – 46 91, Fax: -54 58, e-mail: antje.raudszus@verdi.de

Mitgliederverwaltung, FB 8, Bezirk Berlin: *Karla Kanter* Tel.: 86 31 – 2415, Fax: -2934, e-mail: karla.kanter@verdi.de
Heidi Schelske Tel.: 86 31 – 24 14, Fax: -29 34, e-mail: heidi.schelske@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄRIN

Anke Jonas

e-mail: anke.jonas@verdi.de
zuständig für: Fachgruppe Musik, Fachgruppe Bildende Kunst,

Fachgruppe Literatur (VS)

Mitarbeiterin: *Christine Obst*
Tel.: 86 31 – 24 02, Fax: -29 34,
e-mail: christine.obst@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄR

Dietrich Peters

e-mail: dietrich.peters@verdi.de
zuständig für: Fachgruppe Rundfunk, Film, audiovisuelle Medien, Berufliche Bildung

Mitarbeiterin: *Marlies Gehrke*
Tel.: 86 31 – 24 10, Fax: -29 34,
e-mail: marlies.gehrke@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄRIN

Sabine Schöneburg

e-mail: sabine.schoeneburg@verdi.de

zuständig für: Fachgruppe Theater und Bühnen, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungswesen, Darstellende Kunst, Fachbereichsspezifische Frauen- und Gleichstellungspolitik

Mitarbeiterin: *Georgia Weiland*
(Mo. ab 14.00 Uhr und Die., Mi. u.

Fr. ganztägig) Tel.: 86 31 – 24 12, Fax: -29 39, ver.di-Senderverbandsbüro DLR (Mo. 9.00–13.00 Uhr und Do. ganztägig) Tel.: 030/85 03 69 35, e-mail: georgia.weiland@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄRIN

Petra Drews

e-mail: petra.drews@verdi.de
zuständig für: Fachgruppe Metallverarbeitende Stahl- und Elektroindustrie, Fachgruppe Chemische Industrie, weitere Industriebereiche, Betreuung des Bezirksvorstandes Berlin, FB 8

Mitarbeiterin: *Dagmar Orminski*
Tel.: 86 31 – 24 06, Fax: -29 34,
e-mail: dagmar.orminski@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄR

Manfred Föllmer

e-mail: manfred.foellmer@verdi.de
zuständig für: Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage, Probleme der betrieblichen Mitbestimmung (Betr.VG)

Mitarbeiterin: *Rosi Koch* Tel.: 86 31 – 24 05, Fax: -29 34, e-mail: rosemarie.koch@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄR

Andreas Kühn

e-mail: andreas.kuehn@verdi.de
zuständig für: Fachgruppe Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie, Fachgruppe Verlage und Agenturen

Mitarbeiterin: *Irene Pietsch* (bis 31.03.2003) Tel.: 86 31 – 24 01, Fax: -29 34, e-mail: irene.pietsch@verdi.de

FACHBEREICHSSEKRETÄRIN

Gabi Fischer

e-mail: gabi.fischer@verdi.de
zuständig für: Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg, FB 8, Fachgruppen 1-11, Sitz: Bezirk Potsdam, Breite Straße 7a, 14467 Potsdam, Tel.: 0331/29 85 39-26, Fax: -29

VERWALTUNGSANGESTELLTE

Marlies Hornauf (bis 31.08.2003)
e-mail: marlies.hornauf@verdi.de
zuständig für: Bezirke Frankfurt/O. und Uckermark/Barnim, FB 8, Sitz: Bezirk Frankfurt/O., Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/O., Tel.: 0335/6 06 77-0, Fax: -77

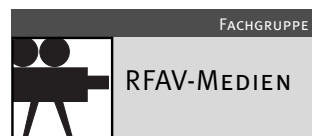
VORGESTELLT

FACHGRUPPE 6 Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien

Die Mehrzahl der etwa 4000 Mitglieder der Fachgruppe 6 kommt uns täglich ins Haus – über den Rundfunk, auf dem Bildschirm. Außerdem zählen die Mitarbeiter aller Berliner und Brandenburger Kinos dazu, das Studio Babelsberg sowie 80 Kleindarsteller. Jedes dieser Medien hat einen Vertreter, eine Vertreterin im neuen Vorstand, der sich in diesen Tagen konstituierte. Sie vertreten eine der zahlenmäßig stärksten Gruppen unseres Fachbereiches 8, mit Problemen reichlich „gesegnet“, wie dem „Sprachrohr“-Leser zu meist bekannt. Glücklicherweise

Am Potsdamer Platz und in Babelsberg

eine überaus kämpferische Truppe! Man denke an die Warnstreiks der Kino-Mitarbeiter im Juli. Da war so mancher Besucher enttäuscht, als die Filmvorführer am Potsdamer Platz einfach keinen Streifen einlegten. Wobei es



auch Verständnis gab für die schlecht bezahlten Kolleginnen und Kollegen, denen es um lediglich 60 Cent mehr pro Stunde ging. Die Kinobesitzer blieben hartleibig. Parallelen zeigen sich bei den Verhandlungen um den Fusionsvertrag zwischen ORB/SFB. Mitbestimmungs- und Arbeitneh-

merrechte werden arg beschnitten, und das Versprechen „keine Entlassungen“ kann mit List und Tücke umgangen werden.

Ebenso bei n.tv, wo 70 Entlassungen anstehen. Trotz des rührigen Betriebsrats kam ein „Runder Tisch“, an dem sich Betriebsrat, Aufsichtsrat und ver.di verständigen sollten, nicht zustande. Daran konnte auch ein Protest vor dem Sitz des Berliner n.tv-Studios nichts ändern. Kein Wunder also, dass bei Dietrich Peters, Landesfachbereichssekretär, Betreuer dieser Gruppe, das Telefon nicht still steht. An den von ihm eigens eingerichteten Beratungstagen gab es schon bis zu 27 Anfragen – betriebliche, arbeitsrechtliche Probleme, häufig tief ins persönliche Leben greifend. „Ist die Tarifarbeit un-

ser Kerngeschäft“, so Dietrich Peters, „gewinnt die Beratungs- und Betreuungstätigkeit zunehmend an Bedeutung, bis zur Unterstützung auf dem Gang zu Ämtern.“

Kraft und Rüstzeug holen sich die Gewerkschafter dieser Fachgruppe, die sich – aus der IG-Medien und der DAG kommend – in ver.di vereinten, in regelmäßig stattfindenden Zusammenkünften. Die großen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten – mit hoher ver.di-Mitgliederzahl übrigens – organisieren eigene Gewerkschaftstage. Einmal im Monat treffen sich die Leute vom Film am Kino-Stammisch im „Arsenal“ in der Fuggerstraße. Am gleichen Ort haben – ebenfalls monatlich – die Kleindarsteller ihr Meeting. **Eva Brillke**

Berliner Opernkultur hoch halten



Foto: transit/v. Polentz

Lebende Historie und Juwel in Mitte: Die Staatsoper

Wenn es eine Debatte gibt, mit der Berlin in der gesamten kultivierten Welt Kopfschütteln erntet, dann ist es die um die Zukunft der drei hauptstädtischen Opernhäuser. Die Opernbühnen stellen einen Wert dar, auf den Berlin seine Attraktivität als Metropole mit begründet. Sie sind nicht nur ein so genannter weicher Standort-, sondern echter Wirtschaftsfaktor. „Wir brauchen eine andere Diskussion um die Opernhäuser“, meint Gesamtpersonalratschef Klaus Grunow.

Die so genannte Opernstrukturreform, die in den vergangenen Wochen nicht ohne Aggressivität geführt wurde, hat auch die Personalräte der Häuser und die dort vertretenen Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Zuerst geht es ihnen darum, weiteren Kulturabbau zu verhindern, Arbeitsplätze zu erhalten und das eigenständige künstlerische Profil der drei Häuser, das an eigene

Ensembles gebunden ist, zu bewahren. Darauf wurde Ende Oktober in einem Gespräch mit dem Kultursenator energisch hingewiesen. Auch darauf, dass Einsparungen in den drei Häusern im



vergangenen Jahrzehnt – die erste grundsätzliche Personalanpassung an der Staatsoper noch ausgenommen – ein Minus von 567 Beschäftigten einbrachten. 258 Stellen in der Staatsoper, 167 in der Deutschen und 142 in der Komischen Oper sind abgebaut worden. „Ergänzend kann man darauf hinweisen, dass der Gesamtetat aller drei Häuser im Landeshaushalt von Berlin 0,8 Prozent ausmacht“, so der Gesamtpersonalratsvorsitzende.

Grundsätzlich gehe man davon aus, dass „der Erhalt aller drei Opernhäuser mit einer jeweils eigenen Struktur“ ein „gemeinsames Anliegen“ ist, heißt es in einem Schreiben an den Senator. Grunow, zugleich verdi-Fachgruppenvorsitzender, betont in diesem Zusammenhang, dass sowohl die Personalräte der drei Opern wie auch die beteiligten Gewerkschaften dabei solidarisch im gemeinsamen Interesse vorgehen. Das Sparziel des Senats, mit einer Opernstrukturreform 15 Millionen Euro einzusparen, stelle jedoch Errungenes, künstlerische Konzepte und Pläne in Frage. So sei zu befürchten, dass der erfolgreiche Weg der Staatsoper – die Haushaltsführung, die Organisation der Festtage und erstklassige internationale Gastspieleinladungen eingeschlossen – nicht fortgeführt werden kann. Die Deutsche Oper drohe weiteren Schaden zu nehmen, wenn sie nicht eine der Größe und dem Konzept des Hauses an der Bismarkstraße angemessene neue Leitung erhielt. Auch die Komische Oper brauche langfristige Existenzsicherung. „Um diesen Gefahren zu begegnen, wollen wir uns sachlich an einer effektiven Entwicklung der Opernlandschaft in Berlin beteiligen“, betont Grunow. Das schließe eine Entscheidung über eine neue Trägerschaft ein. „Das Modell einer Stiftung öffentlichen Rechts bietet aus unserer Sicht nicht zu unterschätzende Vorteile“, erläutert er. „Zunächst wäre eine Insolvenz ausgeschlossen“ – nicht unwichtig mit Blick auf solch unrühmliche GmbH-Gründungen wie beim Metropoltheater. Auch für eine angemessene Beteiligung des Bun-

HAUSTARIF ABGESCHLOSSEN

Für die 68 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Friedrichstadtpalastes ist nach langwierigen Verhandlungen Anfang Dezember zwischen ver.di und der Geschäftsführung ein Haustarifvertrag unterzeichnet worden. Neben Gagenerhöhungen mit leistungsbezogenen Bestandteilen sind darin Formen der Weiterbeschäftigung für Tänzerinnen und Tänzer sowie Abfindungsregelungen festgeschrieben. Die ver.di-Verhandlungsführer betonen, dass – im Gegensatz zu einer Darstellung in der „Berliner Zeitung“ – alle Neuregelungen den Interessen des Ensembles entsprechen und sich an den Erfordernissen ihres künstlerischen Alltags orientieren. Im Juli war unter den Beschäftigten eigens eine Urabstimmung zum möglichen Tarifabschluss eingeleitet worden.

des böte eine solche Rechtsform bessere Möglichkeiten sowie für Sponsoring allgemein. „Schließlich“, so Grunow, „könnten die Häuser über verbindliche Zuwendungsverträge mit dem Land Berlin im laufenden Haushaltsjahr mehr Planungssicherheit bekommen“. Ein „Bündnis für die Bühnen“, wie es dem Senator im Gegenzug zu Beschäftigungssicherung vorschwebt, mache für Beschäftigte und Gewerkschaften aber nur Sinn, wenn es in die Gesamt-Struktur-Debatte eingeordnet wird und die Anziehungskraft der Opernhäuser erhöht.



Der Bundesvorstand sowie der Vorstand Berlin-Brandenburg der Fachgruppe Bildende Kunst haben sich für den Erhalt des Künstlerhofes Buch engagiert. Der Künstlerhof Buch ist ein zentraler Arbeitsort für die Bildenden Künste in Berlin und bietet auch einmalige Möglichkeiten für interdisziplinäre künstlerische Projek-

Zukunft in Buch ungewiss

te. Neben ca. dreißig Ateliers gibt es Freiarbeitsplätze, Holz- und Metallwerkstätten. Momentan befindet sich der Künstlerhof in der Trägerschaft der Akademie der Künste.

Das Land Berlin stellt ab 1. Januar 2003 die Förderung ein, deshalb ist der Vertrag gekündigt worden. So hat der Bundesvorstand der Fachgruppe Bildende Kunst beschlossen zu prüfen, ob unter Trägerschaft unseres neu

aktivierten Bundeskulturwerkes ein tragfähiges künstlerisches Konzept für Buch entwickelt werden kann. Leider hatten wir bei der Kulturverwaltung damit keinen Erfolg. Es gibt noch andere Bewerber, die ein Konzept für eine Mischnutzung – Gewerbe und Kunst – vorgelegt haben.

Gleichzeitig wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit einem

neuen Nutzungskonzept beschäftigen soll.

Auf das Ergebnis sind wir sehr gespannt. Sollte jedoch keines der vorgelegten Konzepte zum Tragen kommen, dann fällt der Künstlerhof Buch ab 1. Januar 2003 an den Liegenschaftsfonds und steht somit zum Verkauf. Auf jeden Fall würde dies wiederum den Verlust eines der wenigen Orte bedeuten, die in Berlin noch der Bildenden Kunst zur Verfügung stehen.

Brigitte Lange,
stellv. Bundesvorsitzende

Pressekonzentration und Druck auf Journalisten nehmen zu

Schnellere Informationen für dju-Mitglieder durch Mailingliste

Der neue Landesvorstand der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) hat kein schweres Erbe angetreten. Er hat eine schwere Aufgabe übernommen, als er sich inmitten einer der größten Krisen der deutschen Printmedien konstituierte. Der aktuelle Kostendruck wird in den Zeitungsverlagen zum Vorwand genommen, in bisher kaum gekanntem Ausmaß fest angestellte und freischaffende Journalisten in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Gleichzeitig werden von den großen Verlagen die gut gefüllten Kriegskassen zur Einkaufstour genutzt, um auf dem Wühltisch der siechenden Konjunktur angeschlagene Zeitungstitel einzukaufen. Die Zeitungskrise ist ein großartiges Weihnachtsgeschäft für Konzerne. Doch geraten Meinungsvielfalt und innere Pressefreiheit in Gefahr. Die Qualität der Berichterstattung leidet zu-



nehmend unter dem Personalabbau – und damit unter dem Zeitdruck.

Die dju Berlin-Brandenburg, die sich in ver.di als Fachgruppe 7 im Fachbereich 8 (Medien) organisiert, hat es sich zur Aufgabe gestellt, ihre Mitglieder effizienter zu informieren, schneller auf Krisen in Berlin und Brandenburg zu reagieren und ihre Präsenz in den Medien zu steigern. Dazu braucht es (wo)menpower und Technik. Das heißt, unsere Ressourcen effizient dazu einzusetzen, in den systematisch sturmreif geschossenen Redaktionen wieder eine geordnete Verteidigungslinie aufzubauen. Es muss den Kolleginnen und Kollegen in

den Redaktionen wieder ins Bewusstsein gerückt werden, dass Selbstausbeutung und Lohn-drückerei nicht vor Strafe schützen.

Dazu will der dju-Vorstand eine Mailingliste auf Landesebene für interessierte Mitglieder aufbauen. Bitte meldet Euch bei einem der Vorstandsmitglieder per Mail (siehe Adressenliste) oder beim Landesfachbereichsleiter Andreas Koehn@verdi.de.

Wer sonst Interesse an der dju hat, findet sie unter der neuen Webadresse: www.dju-online.de oder www.dju.verdi.de und www.journalismus.verdi.de oder kann auch über die Anschrift <http://dju.verdi-verlage.de> die dju-newsletter zur Tarifpolitik für Redakteure und freie Journalisten an Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen kostenlos anfordern. Einfach Newsletter anklicken und eintragen. **Matthias Gottwald**

Zustimmung

Der dju-Landesfachgruppenvorstand begrüßt die gerade vom Abgeordnetenhaus beschlossene Änderung des Berliner Pressegesetzes. Danach müssen Berliner Zeitungen künftig regelmäßig ihre Besitzverhältnisse offen legen.

dju-Vorsitzender Matthias Gottwald: „Gerade die derzeitige Kri-

sensituation nutzen die großen und mittleren Verlage fast täglich, um massiv neue Objekte zu kaufen, alte zu verkaufen und verstärkt zu fusionieren. Durch die Gesetzesänderung werden die Besitzverhältnisse wieder transparent.“ Der Verleger muss die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse seines Verlages sowie seine Rechtsbeziehungen zu verbunde-

nen Presse- und Rundfunkunternehmen veröffentlichen. Tages- und Wochenzeitungen sind dann halbjährlich verpflichtet.

Workshop

„Sprachmächtig – Gendersensible Sprache als journalistische Qualität“ – zu diesem Thema laden der Journalistinnenbund und

die Friedrich-Ebert-Stiftung für den 20. Januar zu einem Workshop ein. Was vor zwei Jahrzehnten bei der taz einer Revolution gleich kam, ist inzwischen wieder abgeschafft: das große Binnen-I. Für Journalistinnen und SprachdrehersInnen steht das geschriebene Wort im Mittelpunkt. Grund genug für die Veranstalter, sich im Rahmen ihres gemeinsamen Gender-Trainings mit der Sprache zu beschäftigen.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr (bis 18 Uhr) und findet im Haus der Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin statt. Anmelde-schluss 13.1.2003. Infos unter: www.journalistinnenbund.de.

Planung

Der neugewählte Landesfachgruppenvorstand möchte im kommenden Jahr auch in Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus dju-Stammtische initiieren, um damit die Mitglieder und Journalisten besser vor Ort zu erreichen. Interessierte melden sich bitte per Mail beim Vorsitzenden Matthias Gottwald (siehe Kasten).

NEUER DJU-STAMMTISCH IM „CAFÉ STRESEMANN“



Seit November hat der dju-Stammtisch ein neues Domizil: Interessierte freie Journalisten, Autoren, Fotografen und Redakteure treffen sich an jedem vierten Montag im Monat im „Café Stresemann“ um 19.30 Uhr. Beim Stammtisch sollen Informationen und Meinungen ausgetauscht werden, aber auch Diskussionen zu speziellen Themen rund um den Journalismus werden verstärkt im kommenden Jahr angeboten. Im Dezember fällt der Stammtisch am Tag vor Heiligabend (23. Dezember 2002) allerdings aus. Schaut doch einfach mal bei den nächsten Terminen vorbei: Montag, 27. Januar 2003 und Montag, 24. Februar 2003, jeweils um 19.30 Uhr.

Das „Café Stresemann“ findet Ihr in der Stresemannstr. 90/Ecke Anhalter Str., in 10963 Berlin, Tel. 261 17 60. Es liegt genau gegenüber vom Anhalter Bahnhof und ist mit dem ÖPNV 5 1, 2 und 25 (Anhalter Bahnhof), den Bussen 248, 341 und N 29 zu erreichen, oder zu Fuß vom Potsdamer Platz in 5 Minuten.

Durchbruch in Schöneberg geschafft

Mit einer Protestaktion der Berliner Fachgruppe Musik im Februar d.J. begann im Rathaus Schöneberg der Weg, der für die Leo-Kestenberg-Musikschule (LKMS) Tempelhof-Schöneberg im November erfolgreich zum Abschluss von Nebenabreden zum neuen Dienstvertrag führte. Anders als in anderen Bezirken wurden die neuen Dienstverträge an der LKMS bisher nicht eingeführt. Das gute Zusammenwirken von Lehrervertretung, ver.di, der Musikschulleitung, dem zuständigen Stadtrat und dem Rechtsamt hat nun zu einem breiten Konsens geführt, der auch von der Lehrervollversammlung einstimmig angenommen wurde. Es besteht Hoffnung, dass die Nebenabreden zum Dienstvertrag (DV) auch in den anderen Berliner Musikschulen durchgesetzt werden. Und so sieht es aus:

1. Schülerzuweisung

Problem: Die Musikschulleitung muss auch künftig der Lehrkraft gegenüber als verlässliche Ver-

tragspartnerin und Auftraggeberin die Pflicht der Schülervermittlung übernehmen. Diese ist im neuen Dienstvertrag nicht formuliert. Im Gegenteil: Der möglichen Willkür seitens der Musikschulleitung gegenüber der Musikschul-



lehrkraft stünde – geht man von einem denkbar negativen Fall aus, wie er in der Musikschule Reinickendorf bereits empörende Wirklichkeit wurde – nichts im Weg.

DV: „§ 3, Umfang der Beschäftigung, Satz 1: Der Umfang der Beschäftigung richtet sich nach den von der Musikschule erteilten Unterrichtsaufträgen.“

Nebenabrede: „Die Musikschule wird – vorbehaltlich ausreichender Anmeldungen von Schülern und ausreichender Haushaltsmittel – der Lehrkraft kontinuierlich Unterrichtsaufträge in dem jeweils vereinbarten Umfang erteilen.“

2. Berechnungsgrundlage

Problem: Der alte Dienstvertrag ging bei der monatlichen Berechnung von einer Wochenstunde à 60 Minuten aus. Diese Einheit (60 Min.) wird im neuen Dienstvertrag nicht mehr genannt. Das bedeutet unter arbeitsrechtlichen Aspekten eine Verschlechterung, auch wenn es sich bei dem Bezug auf 45 Minuten pro Unterrichtseinheit um eine Berechnungsgrundlage handelt.

DV: „§ 5, Höhe und Zahlung des Honorars, Absatz 2: Das Monatshonorar beträgt € Euro, bezogen auf eine Wochenstunde à 45 Minuten. Für zusätzliche Unterrichtsstunden (z.B. Kursunterricht, Vertretungsunterricht) wird Honorar für jede Unterrichtseinheit à 45 Minuten in Höhe des Einzelstundenhonorars gezahlt. Das Einzelstundenhonorar beträgt für jede Unterrichtseinheit à 45 Minuten € Euro.“

Nebenabrede: „Die für die Berechnung des Honorars massgebende Unterrichtszeit beträgt 45 Minuten. Dies schließt nicht aus, dass auch Unterrichtsstunden zu

30 Minuten oder 60 Minuten vereinbart werden können.“

3. Abgabe von Erklärungen

Problem: Die Formulierung im neuen Vertrag ist für juristische Laien äußerst missverständlich, wird als „Maulkorb“ aufgefasst und könnte in einem denkbar negativen Fall seitens der Musikschulleitung missbraucht werden. Für die unterzeichnende Musikschullehrkraft muss die Bedeutung dieser juristischen Formulierung verständlich sein.

DV: „§ 8, Befugnisse und Pflichten, Absatz 1, Satz 1: Der Musikschullehrer /Die Musikschullehrerin ist nicht befugt, Erklärungen für und gegen die Musikschule abzugeben oder entgegenzunehmen.“

Nebenabrede: „Erklärungen im Sinne dieses Paragraphen sind ausschließlich Erklärungen, die das Vertragsverhältnis zwischen Musikschule und Schüler unmittelbar berühren.“

B.Tz.

Musikschulbeirat lehnt Planmengen ab

Der Musikschulbeirat, in dem auch ver.di mit einem Mandat vertreten ist, hat die Anwendung des so genannten Planmengenverfahrens für den Musikschulbereich einstimmig abgelehnt.

Worum geht es? Der Berliner Senat beabsichtigt im Rahmen der Verwaltungsreform und der Globalzuweisung der bezirklichen Haushaltsmittel die Einführung dieses Verfahrens. Die Bezirke und Senatsverwaltungen sind darin aufgefordert, die Kosten für die von ihnen geführten Einrichtungen und Aufgabenbereiche in einem neuen speziellen Verfahren zu beziffern, damit der Finanzsenator die Mittelzuweisung an die Bezirke vornehmen kann. Gleichzeitig soll damit ein Finanzausgleich zwischen den Bezirken herbeigeführt werden, damit besonders schlecht versorgte Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf künftig in den Genuss von Ausgleichszahlungen kommen können. Da das Gesamtvolumen der Mittel

für die Bezirke vor dem Hintergrund der Haushaltskrise nicht erhöht werden kann, wird es lediglich zu Verschiebungen in den Globalsummen kommen.

Globale Verschiebungen

Die Umsetzung des Planmengenverfahrens auch für die Musikschulen würde bedeuten, dass einige Schulen als überversorgt bewertet würden. Eben dieser Überschuss würde von der Globalsumme des Bezirkes abgezogen und einem unterversorgten zugeschlagen.

Das Ganze hat jedoch zwei Haken: Die Mittel werden global verschoben, d.h. sie kommen nicht direkt in der unterversorgten Einrichtung, sondern pauschal im nehmenden Bezirk an. Das führte schlimmstenfalls vielleicht dazu, dass Steglitzer Schülerinnen zugunsten einer Reparatur maroden Hellersdorfer Stra-

ßenpflasters gekündigt werden.

Zum anderen ist es ein Irrtum anzunehmen, dass sich derzeit auch nur eine einzige bezirkliche Musikschule einer Überausstattung erfreut. Die von der Strukturkommission festgelegten Mindeststandards werden in ihrer Gesamtheit nicht erfüllt. Das Ganze läuft also auf eine weitere Abschmelzung musikschulischer Kernarbeit hinaus.

Deshalb haben die Mitglieder des Musikschulbeirates einhellig das Planmengenverfahren als für die Musikschulen völlig ungeeignetes Mittel zum Ausstattungsausgleich abgelehnt. Einhellig bedeutet, dass auch alle Vertreterinnen der Fraktionen die Ablehnung teilen und angekündigt haben, dies so in die zuständigen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses zu tragen. Auch die Fachgruppe wird sich mit entsprechenden Stellungnahmen und ggf. auch Aktionen gegen das Verfahren wenden. **St.G.**

REINICKENDORF

RUNDER TISCH ERNEUT VERTAGT

*Durch Grosse Anfragen hatten FDP und PDS eine gut zweistündige Musikschuldebatte der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 11. September bewirkt. Dabei haben sich alle Fraktionen für die Bildung eines „Runden Tisches“ ausgesprochen, der von Bündnis/Grünen beantragt worden war. Der Antrag wurde jedoch zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss der BVV überwiesen. Dieser hat die Beschlussfassung bisher bei jeder Sitzung vertagt. Der Termin der nächsten Ausschusssitzung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Die Fachgruppe Musik unterstützt nachdrücklich die Bildung des Runden Tisches und bleibt in der Sache am Ball. **A.B.***

Gewalt ist kein Weg

Hauptveranstaltung des Bundesvorstandes des VS in Berlin, 8. November 2002 im Robert-Havemann-Saal in Berlin, Greifswalder Straße 4. Die Besucher sind sich plötzlich bewusst, einer besonderen Veranstaltung beizuwohnen. Zwar sind die Namen auf den starken schwarz-weißen Plakaten schon Einladung genug gewesen, aber dabei zu sein, übertrifft dann doch die Erwartung. Es lesen Daniela Dahn und Christoph Hein, mit Lyrik gut und wirkungsvoll verknüpft und bekränzt von Rajvinder Singh.

Fakten und Recherchen über den Politikalltag, viel mehr über dessen Hintergründe, wach und beklemmend, Aufruf an Herz und Verstand, und ironische, sarkastische Rechtfertigung unserer fremdenfeindlichen Freundlichkeit, die Angst vor der einfachen Begehrlichkeit der Armen, der vielen viel Ärmeren, das waren die Themen der Texte, dem Thema des Abends entsprechend.

Die Lesung wurde moderiert von Horst Bosetzky, dem Vorsitzenden des Berliner VS.

Der Vorstand des Berliner VS und eine Studentengruppe hatten diese Hauptveranstaltung des



Bundesvorstandes VS in ver.di in Zusammenarbeit mit amnesty international gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Über die aktuelle Arbeit von amnesty international sprach Anja Mihr, Vorstandsmitglied von a.i.

Anlass für diese Lesung „Gewalt ist kein Weg“ war die dritte bundesweite Leseaktion des VS, diesmal in über 50 Städten und



an über 250 Schulen zwischen Flensburg und Lindau. Schriftstellerinnen und Schriftsteller lasen zum Gedenken an die Reichspogromnacht. Vielerorts haben die Lesungen zusammen mit Vertretern von amnesty international stattgefunden, für beide Organisationen eine Bereicherung ihrer Arbeit und Vergrößerung ihres Wirkungsfeldes, wenn die Veranstaltungen gut vorbereitet waren und gerade in ihrer Gemeinsamkeit die Chance erkannten.

In Berlin war das in einigen Schulen gelungen, z.B. in der Freiherr-von-Stein Oberschule in Spandau und in der Stadtebibliothek Schöneweide.

Hier sei auch last but not least anzumerken, dass unsere Berliner und Brandenburger Landesveranstaltungen insgesamt erfolgreich und interessant waren.

Die Frage ist, was machen wir 2003? Bundesweit und im Landesverband? 2003 ist das siebzigste Jahr der Pogromnacht, so lang her wie ein Menschenleben, so lang und so kurz. Vorschläge bitte an die Vorstände Berlin und Brandenburg.

Monika Ehrhardt,
Vorstand VS Berlin

INFORMATION

VS-VORSTAND BERLIN

Vorsitzender:

Dr. Horst Bosetzky (-ky)

Stellv. Vorsitzende:

Monika Ehrhardt-Lakomy

Schriftführerin:

Dr. Dorle Gelbhaar

Beisitzerin: Anja Tuckermann

Beisitzer: Gunnar Kunz

VS-VORSTAND BRANDENBURG

Vorsitzender:

Martin Ahrends

Stellv. Vorsitzender:

Alexander Kröger

Schriftführer:

Rüdiger Kurock

Beisitzerin: Andrea Jennert

Beisitzer: Till Sailer

VS-Geschäftsstelle:
ver.di, Fachbereich 8/VS,
Köpenicker Str. 55,
10179 Berlin,
Telefon: 030-8631-2403,
Fax: 030-8631-2934,
e-mail:
anke.jonas@verdi.de oder
christine.obst@verdi.de

KURZMELDUNGEN

Brandenburgische AutorInnen aufgepasst!

Für das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg wird ein offizielles Kulturportal im Internet erstellt. Wer auf diesem mit einer Kurzbiographie, -bibliographie, seiner Anschrift, e-mail Adresse und Telefonnummer erscheinen möchte, melde sich bitte in der Geschäftsstelle, um Details zu klären.

Internationale Maßnahmen 2003

Fördermöglichkeiten im Rahmen der internationalen Maßnahmen für VS-Mitglieder sind auch im Jahre 2003 möglich. Wer also eine literarische Informationsreise ins Ausland unternehmen (Recherchearbeit für literarische Pro-

jekte), ausländische Autoren in die Bundesrepublik einladen möchte oder selbst ins Ausland eingeladen ist, kann Fördergelder beantragen. Infoblatt bitte in der VS-Geschäftsstelle abfordern. Die Anträge müssen bis zum 10. Januar 2003 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Lesemarathon

Hier noch mal die Termine und die Themen der geplanten Veranstaltungen im Rahmen der „Berliner Schubladen“:

- *Montag, 7. April 2003:* „Fremde in Berlin“
- *Dienstag, 8. April 2003:* „Tod in Berlin“
- *Mittwoch, 9. April 2003:* „Satire“
- *Donnerstag, 10. April 2003:* „Lesetag Kinderbücher“
a) Lesung für (Schul-)Kinder

b) Autoren lesen für Erwachsene aus ihren liebsten Kinderbüchern

• *Freitag, 11. April 2003:*

Poetenball
Bitte meldet Euch bis zum 31. Januar 2003 in der Geschäftsstelle des VS, so Ihr Interesse habt, an einer dieser Veranstaltungen mitzuwirken. Für die Anthologie „Berliner 10-Minuten-Literatur“ ist Einsendeschluss der 28. Februar 2003. Bitte unbedingt Rundbrief beachten!

Beratungsservice für Freie Mediafon

An dieser Stelle möchten wir noch einmal auf den Beratungsservice der ver.di für Selbstständige, Mediafon, hinweisen. Bei Fragen, die sich aus der beruflichen Tätigkeit ergeben, wie: zum Honorar oder zu Verträgen, bei Pro-

blemen mit den Auftraggebern kann unter der bundeseinheitlichen Telefonnummer 018 05-7 54 44 ein telefonisches Beratungsgespräch vereinbart werden. Kollegen beraten Kollegen. Der erste Anruf zur Terminvereinbarung kostet 0,12 Euro pro Minute, die eigentliche Beratung ist dann zur üblichen Telefongebühr zu haben. Bitte auch website beachten: www.mediafon.net.

VS-Handbuch

Das VS-Handbuch, ein Ratgeber für Autorinnen und Autoren, Übersetzerinnen und Übersetzer, erschienen im Steidl-Verlag ist noch über die Geschäftsstelle zu erhalten. Für VS-Mitglieder kostet ein Exemplar 5,00 Euro, zuzüglich 0,77 Euro Versandkosten. Bestellungen bitte an die Geschäftsstelle des VS.

**FERNSEHTIPP:
OFFENER KANAL**
Erwerbslose und andere Aktivisten machen Fernsehen

Sonntags 20.30 – 21.00

Heldinnen der Nichtarbeit berichten 1. Sonntag im Monat: Rund ums Fahrrad, am 2. Sonntag im Monat: Magazin und am 3. + 4. Sonntag im Monat: Spezial

Montags 19.00 – 19.30

Heldinnen der Nichtarbeit berichten life

Donnerstags 19.30 – 20.00 a.i.d.a.

Offene Redaktionssitzungen, ehrenamtliche Mitarbeit ist willkommen. Dudenstr. 10, Mediengalerie, T. 788 009-38, Fax 785 57 98

Montags 16 Uhr A.I.D.A. (Arbeiter-Interessen darstellen + aneignen), Mittwochs 16 Uhr Heldinnen der Nichtarbeit

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: Aktuelle Ausstellungen siehe Seite 5, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/86 31-24 20).

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi.524 (Tel: 030/86 31-24 21).

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr. Im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

FRAUEN

Projektgruppe Frauen am Donnerstag, dem 23. Januar, 17 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 521, zum Thema Tarifverträge.

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

LITERATUR
Deutschsprachige Krimalliteratur: Harte Wirklichkeit,

Dorle Gelbhaar im Gespräch mit Glauser- und Marlowe-Preisträger Horst Eckert, Sprecher der Vereinigung deutschsprachiger Kriminalchriftsteller und -schriftstellerinnen-Syndikat. Horst Eckert liest aus „Ausgezählt“ und „Die Zwillingfälle“ Mittwoch, 8. Januar, 20 Uhr, Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Umlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

KULTUR & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen über die Teilnahme bitte rechtzeitig an Georgia Weiland (Tel. 86 31 24 12) damit Stimmberechtigte Nachrücker eingeladen werden können. Nächste Termine: 6. Januar, 27. Januar, 17. Februar 2003.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, am 24. Januar (Landesvorstand) und 21. Februar (Bezirk Berlin).

Frei – und wie manage ich mich selbst? Weiterbildungsangebot der Fachgruppe Musik der ver.di in Zusammenarbeit mit der Landesmusikakademie Berlin für MusikschullehrerInnen am Beginn einer freiberuflichen Tätigkeit. Das Seminar soll Kenntnisse in den folgenden Bereichen vermitteln:

- Welche Rechtskenntnisse sind wichtig (Verträge, Steuern, Urheberrecht)?
- Wie wird das Honorar gestaltet?
- Wie wird Büroarbeit effektiv organisiert?
- Wie mit potentiellen Auftraggebern

Biete Freiberuflern Flyer, Visitenkarten, prof. Webdesign, eigene URL, Briefpapier, Videoschnitt – kaylee@imail.de, 0177-598 66 33 – Kay Ramczyk

verhandeln? • Was tun, um Kunden zu gewinnen (Werbung, Selbstvermarktung)?

Referent Goetz Buchholz, Autor des „Ratgeber Freie – Kunst und Medien“, des „Ratgeber für Lehrkräfte an Musikschulen“ und des „www.ratgeber-e-lancer-de“.

Termin: 22.2.2003 (ab 13.00 Uhr), 23.2. (bis 13.00 Uhr), Ort: Landesmusikakademie Berlin, 12459 Berlin, An der Wuhlheide 197. 95 EUR Seminargebühr (ver.di-Mitglieder erhalten 50% erstattet.) Anm. bis 15. Januar 03 schriftlich an ver.di-Fachgruppe Musik, 10785 Berlin, Potsdamer Platz 10, Fax: 030/ 69 56-36 56, Mail musik@verdi.de.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

Redaktion B.A.M.M. (Arbeitslosenfernsehen): Jeden Mittwoch 16 Uhr in der Medien Galerie.

Redaktion A.I.D.A.: Jeden Montag jeweils 16 Uhr. Im OKB (Offener Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: Mittwoch, 15. Januar, Besuch der Ausstellung in der Mediengalerie „Streiflichter aus 39 Adlershofer Fernsehjahren“. Treffpunkt 14.30 Uhr vor dem Eingang der Medien Galerie, Dudenstrasse 10, 10965 Berlin-Kreuzberg, zu erreichen: U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, Bus Linien 119, 104.

Mittwoch, 19. Februar, 14.00 Uhr, Nalepastrasse, Großer Sendesaal: Gesundheitswesen: mehr Ängste als Hoffnung? – Wie geht es Ihnen, Herr Doktor? Ellis Huber (angefragt) antwortet.

Gerhart-Eisler-Kreis: Mittwoch 26. Februar 03, 14.00 Uhr Funkhaus Nalepastrasse V. Etage, Raum 505 „Ist der Kulturverfall in den Medien zu stoppen?“ Gesprächspartner: Eckart Spoo, Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“, ehemals Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“.

ADN-Senioren: Am letzten Montag jeden Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

**VER.DI
IM INTERNET**

<http://www.verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**

Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Sprachrohr 1/03

erscheint am 24.2.03
Redaktionsschluss am 23.1.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Kündigungsgründe händeringend gesucht

Klagen gegen Entlassungen im Berliner Verlag in erster Instanz alle erfolgreich

Seit Verkündung der Sparmaßnahmen im Sommer 2001 ist im Berliner Verlag kräftig Personal abgebaut worden (Sprachrohr berichtete in Heft 3/02). Den im November 2001 gekündigten 27 Kolleginnen und Kollegen aus Angestellten- und technischem Bereich – vor allem aus dem Layout des Kurier nach Umstellung des Redaktionssystems – folgt der große Schub aus den Redaktionen von Kurier und „Berliner Zeitung“: Zwölf Redakteure und Redakteurinnen, zwei Sekretärinnen, zwölf Fotografen und weitere schreibende Pauschalisten bekamen ihre Kündigung. Fast alle haben mit Unterstützung des Betriebsrates gegen ihre Entlassung auf Weiterbeschäftigung geklagt. „Diese Kündigungsschutzklagen haben große Aussicht auf Erfolg“, sagt der betreuende Rechtsanwalt Thomas Gerchel, „die Kolleginnen und Kollegen haben in erster Instanz alle gewonnen, weil die Sozialauswahl fehlerhaft war oder vom Arbeitgeber die Kündigungsgründe dem Gericht nicht plausibel nachgewiesen werden konnten. Noch haben wir keinen einzigen Prozess verloren.“

Beispielsweise konnte oft nicht deutlich klar gemacht werden, warum einzelne Arbeitsplätze weggefallen sind, wenn sie nur in ein anderes Ressort verlagert oder mit anderen Aufgabenbereichen verschmolzen wurden. So wurde einer Pauschalistin unter dem Vorwand gekündigt, dass ihr Arbeitsgebiet TV und Kino nicht mehr existiert, gleichzeitig wurde eine fest angestellte Kollegin auf genau diesen Platz gesetzt. Anderen Pauschalisten soll

der Status der arbeitnehmerähnlichen Freien und damit die Möglichkeit, sich in feste Beschäftigung einzuklagen, verwehrt werden. Doch da sie fest in Dienstpläne eingebunden und zur Präsenz verpflichtet sind, haben sie, wie schon Kolleginnen und Kollegen vor ihnen, gute Chancen, ihren Arbeitnehmerstatus vor Gericht feststellen zu lassen.

FATALE STRATEGIEN

„Geradezu händeringend“ würden Kündigungsgründe gesucht, berichtet Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Und dabei seien die Strategien „fatal“. Ein Redakteur sollte entlassen werden, weil er sich geweigert habe, einen Artikel wider besseres Wissen und weit über das Recherchematerial hinaus „aufzublasen“. „Journalistisches Gewissen gilt offenbar nicht. Die Geschäftsführung wertete das im Gegenteil als verkaufsschädigendes Verhalten“, so Gensch. Das Gericht gab der Kündigungsschutzklage des Kollegen statt.

Als übel bezeichnet die Betriebsratsvorsitzende die Existenz der unter Kollegen „Mobbingzimmer“ getauften Arbeitsräume – fernab des eigentlichen redaktionellen Geschehens. „Mit der Behauptung, man biete ihnen ja – wie vom Gericht beschlossen – Weiterbeschäftigung an, werden dorthin Kolleginnen und Kollegen abgeschoben.“ Beispielsweise sollten zwei einstige Produktionsassistentinnen dort schwarzweiß Fotos bearbeiten. „Sie be-

kamen pro Tag zwei Fotos, mit denen sie ganze fünf Minuten beschäftigt waren. Man kann sich ausrechnen, wann sie aufgegeben haben: nach einem Tag, bzw. einer Woche.“

Neu sei die „Schocktherapie“ der Geschäftsführung, Kolleginnen während der Elternzeit zu Hause anzurufen und das Ausscheiden mit der Begründung anzubieten, es gäbe für sie keine Arbeit mehr. „Damit sollen sie, obwohl sie während des Erziehungsurlaubs unter Kündigungsschutz stehen, offensichtlich überrumpelt werden.“

STRESS ENORM GESTIEGEN

Insgesamt etwa 130 „Abgänger“ – einschließlich der Pauschalisten – zählt die Betriebsratsvorsitzende seit Beginn der Strukturveränderungen vom Juli 2001. Für die Zurückgebliebenen sei der Arbeitsdruck seitdem enorm ge-

wachsen – ein Beschäftigter habe oft die Aufgaben zu erfüllen, die einst auf zwei Schultern lagen, weil Bereiche und Ressorts zusammengefasst und Stellen nicht neu besetzt würden. Mit den nach Erhebungen des Betriebsrates inzwischen aufgelaufenen freien Tagen könnten für ein Jahr lang 8,5 Stellen im Verlag besetzt werden. Für weiteren Personalabbau sieht der Betriebsrat keinerlei Rechtfertigung mehr, da das Unternehmen aus der Verlustzone heraus sei und nach Aussage der Geschäftsführung sich selbst finanziere. Doch wahrscheinlich werden die Entlassungen weitergehen, vermutet Gensch. Die Verlagsleitung sei offensichtlich bestrebt, die derzeit schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation auszunutzen, um Fehlinvestitionen in Internetredaktionen und Lokalseiten auszubügeln und „das Unternehmen besenrein“ einem mit der Kartellamtsentscheidung noch ausstehenden eventuellen neuen Besitzer zu übergeben.

-ed
Anzeige

bleifrei
Medien / Kommunikation

Prinzessinnenstr. 30 • 10969 Berlin
phone + 49 + 30 – 61 39 36 – 0
e-mail: info@bleifrei-berlin.de
www.bleifrei-berlin.de